

Auszug

Beschluss

Ohlsdorf; Anweisung an das Bezirksamt Hamburg-Nord

Die Senatskommission beschließt:

Das Bezirksamt Hamburg-Nord wird angewiesen:

1. Kurzfristig ein Bebauungsplanverfahren einzuleiten, mit dem die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Unterkunft für Flüchtlinge und Asylbegehrende auf dem im Geltungsbereich des Bebauungsplans Ohlsdorf 12 liegenden Teil des Flurstücks 854 der Gemarkung Ohlsdorf (ehemaliger Anzuchtgarten) mit 700 Plätzen unter sinnvoller Erweiterung des Plangebiets mit Blick auf eine südöstliche Erschließung geschaffen werden.
2. Das Bebauungsplanverfahren zügig, unter Absehung der Durchführung einer öffentlichen Plandiskussion und mit Priorität durchzuführen.
3. Den Bebauungsplan möglichst zeitnah mit dem unter dem Petikum zu 1. genannten Inhalt unter Beachtung des Abwägungsgebots festzustellen.

Die beteiligten Senatsämter und Fachbehörden werden angewiesen:

4. Ihre für das Bebauungsplanverfahren erforderlichen Stellungnahmen und Beiträge unverzüglich ab Abforderung einzureichen.
5. Die mit ihnen verbundenen Landesbetriebe und öffentlichen Unternehmen auf die Einhaltung der vorgenannten Frist zu verpflichten

Einverstanden:

[REDACTED]

[REDACTED]

Für die Niederschrift:

[REDACTED]

[REDACTED]

Berichterstattung:
Senatorin Dr. Stapelfeldt
Staatsrat Kock

Vorblatt zur
Vorlage für die Sitzung der
Senatskommission für Stadtentwicklung und
Wohnungsbau am 5. November 2015
Nr. 151105/8

Zeitnahe Überplanung des ehemaligen Anzuchtgartens des Friedhofs Ohlsdorf; Anweisung an das Bezirksamt Hamburg-Nord

A. Zielsetzung

Kurzfristige Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Unterkunft für Flüchtlinge und Asylbegehrende auf dem im Geltungsbereich des Bebauungsplans Ohlsdorf 12 liegenden Teil des Flurstücks 854 der Gemarkung Ohlsdorf (ehemaliger Anzuchtgarten) mit 700 Plätzen.

B. Lösung

Anweisung an das Bezirksamt Hamburg-Nord, für diese Fläche einen Bebauungsplan aufzustellen, der eine Unterkunft für Flüchtlinge und Asylbegehrende mit 700 Plätzen ermöglicht.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Keine.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Keine.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf:

- ☐ Familienpolitik
- ☐ Klimaschutz
- ☐ Bürokratieabbau
- ☐ Inklusion
- ☐ Gleichstellung

H. Alternativen

Verzicht auf die Anweisung.